

## Deutschland wieder Perspektiven geben Neuwahlen, Chance für eine Kehrtwende

Der Ausgang der Wahlen in den USA ist eine Aufforderung an Deutschland, wieder zu lernen, auf eigenen Füßen zu stehen. Und Neuwahlen des Deutschen Bundestages sind eine große Chance, die notwendige Kehrtwende in der Berliner Wirtschaftspolitik einzuleiten. Der Marsch der Bundespolitik in die Staatswirtschaft, ausufernde Eingriffe der Politik in die Wirtschaft, eine Politik der Subventionen und Förderprogramme, eine ideologische und moralisierende Politik sind gescheitert. Höchste Energiepreise, höchste Steuern und Abgaben, höchste Arbeitskosten, ein gravierender Mangel an Arbeitskräften und wuchernde Bürokratie lassen Deutschland wirtschaftlich auf der Stelle treten. Investitionen machen einen Bogen um unser Land. Die Innovationsdynamik bleibt weit hinter den Möglichkeiten Deutschlands zurück. Die Deindustrialisierung schreitet voran. Für Personenunternehmen, Mittelstand, Handwerk wird die Luft immer dünner, manchen geht sie aus. Deutschland ist Wachstumsschlusslicht. In der Außen- und Sicherheitspolitik fehlt es an klaren Zielen und Strategien, und es fehlt an sicherheitspolitischen Ressourcen und Kapazitäten. Die Fähigkeit zur Verteidigung ist nicht gewährleistet. Das ist ein Risiko für unsere Freiheit und unsere Demokratie. Es ist Zeit für eine Kehrtwende. Kein einziger der Gesetzentwürfe, die im Bundestag noch zur Entscheidung anstehen, rechtfertigt es, Neuwahlen zu verzögern. Je schneller die Neuwahlen kommen, desto besser ist das für unser Land. Deutschland braucht einen Befreiungsschlag.

Deutschland auf einem abschüssigen Weg – das muss nicht sein. Unsere Unternehmen – kleine, wie mittelständische und große, sind wettbewerbsfähig durch ihre hohe Innovationskraft. Viele sind Weltmarktführer. Sie haben die Lösungen für die Herausforderungen der Zeit. Wir sind Weltspitze in der Forschung, aber wir setzen zu wenig um. Wir haben hochqualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber sie brauchen mehr Möglichkeiten, sich zu entfalten, und es muss sich für sie auch lohnen. Wenn wir sie wieder auf Vordermann bringen, haben wir eine hervorragende Infrastruktur. Wir haben starke industriepolitische Trümpfe in der Autoindustrie, in der Verteidigungsindustrie, in der chemischen Industrie, im Maschinenbau etc. in Handwerk und Mittelstand. Aber wir müssen diese Trümpfe ausspielen und dürfen sie nicht verspielen. Wir haben alle Voraussetzungen, uns im globalen Wettbewerb zu behaupten. Aber Unternehmen wie Politik müssen den Wettbewerb annehmen. Die Unternehmen machen das. Nicht, dass Unternehmen dabei nicht auch Fehler machen würden. Die aktuelle Standortkrise ist vor allem aber eine politische Krise, die politisch gelöst werden muss. Dafür brauchen wir Neuwahlen.

Deutschland braucht eine Kehrtwende in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Die Ankündigung der Zeitenwende am 27. Februar 2022 durch den Bundeskanzler war richtig. Aber die Bundesregierung hat zu wenig daraus gemacht. Auf einen US-Präsidenten Trump sind wir erneut nicht vorbereitet. Wir haben keine Antwort auf die Forderung der USA nach mehr Engagement Deutschlands in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Wie gehen wir mit einem wirtschaftlich attraktiven aber auch politisch machthungrigen China um? Es fehlt an klaren außenpolitischen Zielen und Strategien. Kehrtwende heißt: Es darf keinen Zweifel geben, dass die USA engster Verbündeter sind und wir unseren Beitrag leisten, um die Werte des Westens standhaft zu verteidigen. Die 100 Mrd. Euro an Sondervermögen waren ein wichtiger Schritt. Aber zum einen kommt zu wenig davon in der deutschen Industrie an, zum anderen reicht das nicht. Es fehlen nach wie vor verteidigungspolitische Ressourcen und Kapazitäten. Der Verteidigungsetat muss mittelfristig und dauerhaft auf drei oder gar bis 4 Prozent des BIP angehoben werden. Kurz: Deutschland muss selbst mehr für seine Freiheit und seine Sicherheit tun.

Deutschland braucht eine Kehrtwende im europapolitischen Auftritt. Zu oft hat die Bundesregierung politische Initiativen Frankreichs ins Leere laufen lassen. Nationale Alleingänge Deutschlands irritieren die Partnerstaaten der Europäischen Gemeinschaft. Die neue Bundesregierung muss auf die europäischen Partner zugehen, gemeinsam mit Frankreich Führung übernehmen und wo immer möglich auch Großbritannien einbeziehen. Dabei gilt es auch die kleineren Mitgliedstaaten und vor allem die osteuropäischen Länder mitzunehmen. Europa muss nach außen im Ringen der Großmächte mit einer Stimme auftreten. Die Bundesregierung muss in Europa der Anwalt sein für eine gemeinschaftliche Sicherheits- und Verteidigungspolitik, für mehr Wettbewerbsfähigkeit Europas, für eine Vertiefung des Binnenmarktes, für neue schlanke Freihandelsabkommen, für eine enge transatlantische Partnerschaft, für eine stabilitätsorientierte Finanzpolitik in der Gemeinschaft und sie muss ein Bollwerk sein gegenüber allen Versuchen, die Europäische Union in eine Schulden- und Transferunion zu überführen. Deutschland kann und muss dabei deutsche Interessen auch gegenüber den europäischen Partnern vertreten. In diesem Sinne muss Europapolitik wieder einen sehr viel höheren Stellenwert erhalten, als das in den letzten Jahren der Fall war.

Deutschland braucht eine Kehrtwende in der Haushaltspolitik. Klagen über fehlenden Handlungsspielraum lenken ab. Die Bundesregierung verbucht Rekordeinnahmen. Gegenüber 2019 steigen diese bis 2025 um 70 Mrd. Euro bzw. 21 Prozent. Zugleich wollte die jetzige Bundesregierung 2025 noch einmal 50 Mrd. Euro an neuen Schulden aufnehmen. Die Staatsquote liegt aktuell bei 48 Prozent. Es fehlt nicht an Geld. Es wird nur falsch ausgegeben. Kehrtwende heißt, statt mehr Geld für Umverteilung, wie das Bürgergeld mehr Geld für Investitionen in Infrastruktur und Verteidigung einzusetzen. Das Niveau der Transferausgaben sollte reduziert oder zumindest eingefroren werden und Steuermehreinnahmen ausschließlich für Investitionen, Sicherheit und Verteidigung eingesetzt werden. Die Schuldenbremse ist konsequent einzuhalten, weil sie die Politik zwingt, Prioritäten zu setzen und Verantwortung zu übernehmen. Die Staatsquote ist auf 40 Prozent des BIP zu senken.

Deutschland braucht eine Kehrtwende in der Energie- und Klimapolitik. Höchste Strompreise im internationalen Vergleich treiben die energieintensive Wirtschaft aus

dem Land. Mittelfristig besteht eine eklatante Lücke an gesicherter Leistung. Politische Technologieverbote und -vorgaben, grüne Leitmärkte, grüne Subventionsprogramme, ausufernde Regulierung der Energiemärkte führen zu einer ineffizienten, widersprüchlichen Energiepolitik. Der Ausstieg aus der Kernenergie war ein Fehler, der – nicht zuletzt auch mit neuen technologischen Innovationen – korrigiert werden muss. Kehrtwende in der Energiepolitik heißt, auf den Emissionshandel als Leitinstrument setzen, und den Bürgern und der Wirtschaft über Steuerentlastungen die nötigen Spielräume für die Finanzierung der Transformation und der CO<sub>2</sub>-Preise zu geben. Es gilt, konsequent und technologieoffen auf breiter Front auf Innovationen zu setzen. Zugleich muss die künftige Bundesregierung aber beherzt in den Ausbau der Energieinfrastruktur investieren.

Deutschland braucht eine Kehrtwende in der Steuerpolitik. Nach jahrelangem Reformstillstand gehört Deutschland zum Land mit den international höchsten Unternehmenssteuern. Das schreckt Investoren ab. Deutschland muss die durchschnittliche Belastung der Unternehmen mit Steuern auf 25 Prozent senken. Wir brauchen eine substanzielle Verbesserung der Abschreibungsbedingungen. Die steuerliche FuE-Förderung muss ebenso spürbar verbessert werden, wie Investitionen in Start-Ups attraktiver werden müssen. Wir müssen Investoren dafür begeistern, ihr Geld in Deutschland einzusetzen.

Deutschland braucht eine Kehrtwende in der Arbeitsmarktpolitik. Der Mangel an Arbeitskräften ist die größte Wachstumsbremse. Vor allem Mittelstand und Handwerk werden in ihren Entfaltungsmöglichkeiten drastisch eingeschränkt. Das Arbeitsvolumen pro Kopf ist international eines der niedrigsten. Viele würden gerne mehr arbeiten, aber sie fragen sich, ob sich das lohnt. Viele Frauen würden gerne mehr arbeiten, wenn es mehr und bessere Betreuungsangebote für ihre Kinder gäbe. Nirgendwo werden Arbeitseinkommen und damit die Attraktivität eine Beschäftigung aufzunehmen oder auszuweiten stärker mit Steuern und Abgaben belastet als in Deutschland. Bürokratische und restriktive Arbeitszeitregeln verhindern einen flexiblen Arbeitseinsatz. Debatten über kürzere Arbeitszeiten gehen in die falsche Richtung. Kehrtwende heißt, Arbeit attraktiver machen, den Wert der Arbeit wieder in den Vordergrund rücken, Arbeitsmarktregeln flexibler machen, den Renteneintritt

flexibilisieren und auch zu einer längeren Lebensarbeitszeit ermutigen. Beim Bürgergeld müssen Fehlanreize beseitigt und das Prinzip „Fordern“ gestärkt werden. Deutschland muss wieder das Signal aussenden, es lohnt sich, hier zu arbeiten.

Deutschland braucht eine Kehrtwende im Grundansatz der Politik. Unternehmen ersticken in bürokratischen Reglementierungen, die unternehmerische Dynamik, Mut und Kreativität bremsen. Das Lieferkettengesetz und die ESG-Taxonomie sind wirklichkeits- und lebensfremd. Alle Programme zum Bürokratieabbau haben wenig gebracht. Es reicht nicht, Berichtspflichten abzuschaffen und einzelne Gesetze zu streichen. Ein grundsätzliches Umdenken ist nötig. Der Versuch der Politik, Zukunft bis ins Detail regulieren zu wollen, ist im Ansatz verfehlt. Hier maßt sich Politik ein Wissen an, das sie nicht haben kann. Wir brauchen wieder mehr Freiraum für unternehmerische Initiative, für unternehmerische Entscheidungen und mehr Vertrauen in die Unternehmen.

Es ist Zeit für einen wirtschaftspolitischen Befreiungsschlag. Wir müssen weg von einer Vollkasko-Mentalität, die der Staat garantiert. Wir selbst müssen unsere Zukunft in die Hand nehmen, nicht der Staat. Aber der Staat muss Voraussetzungen schaffen, damit wir das in Freiheit und Verantwortung tun können. Unsere Vision der Zukunft ist die einer unternehmerischen, nachhaltigen und innovativen Zukunft, die alle mitnimmt, eine Zukunft in der Freiheit gelebt und Verantwortung übernommen wird. Für diese Eckpunkte einer Kehrtwende müssen wir in den nächsten Wochen kämpfen.

München, 11.11.2024

V. i. S. d. P.: Dr. Johann Schachtner, Generalsekretär